Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

überhaupt — die Mißachtung der Frau ist jedenfalls geblieben. Schon das ist bezeichnend, daß nicht, wie im deutschen Däumlingsmärchen, die Frau des Menschenfressers die fremden Kinder schonen will, sondern gerade sie den Mordplan ausheckt und ihren Mann zu allen Grausamkeiten anspornt. Auch sonst ist der Vergleich mit deutschen Märchen lehrreich genug. Da haben wir eine Geschichte von der „Udea, die ihre sieben Brüder in die Fremde wandern ließ," die uns lebhaft an die Geschichten von den „zwölf Brüdern" und den „sieben Raben" erinnert. Aber von der rührenden Hingebung und Selbstlosigkeit, Naivität und Unschuld der deutschen Schwester zeigt das Mädchen von Tripolis recht wenig. Nachdem sie unter mannigfachen Gefahren ihre Brüder gefunden hat, schließen diese sie in ihrem Hause ein, da sie täglich auf die Jagd gehn, und geben ihr die wohlgemeinte Warnung, ja nicht das Haus zu verlassen und vor allem nichts zu essen als das, wovon auch die treue Katze gegessen habe. Es dauert nicht lange, als sie um einer Bohne willen dieses Gebot übertritt und die Vorwürfe der Katze mit Trotz erwidert. Die Katze löscht ihr zur Strafe das Feuer im Hause aus, sodaß sie kein Essen bereiten kann. In der Ferne aber sieht sie im Walde ein Feuer, und ohne der Warnung ihrer Brüder zu achten, geht sie auf die Stelle zu und findet einen Menschenfresser, der ihr zwar Feuer giebt, aber auch einen Streifen ihrer Haut ausschneidet — eine Roheit, die in diesen Märchen und auch sonst in der Volkslitteratur öfters vorkommt. Einen Raben, der freundlich ihre Blutspuren verwischt, damit der Unhold ihre Wohnung nicht auffinden kann, herrscht sie mit barschen Worten an usw.

(Schluß folgt)

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Deutschland und China. Am 11. Juli hat Graf Bülow an die verbündeten deutschen Regierungen ein Schreiben gerichtet, worin er zunächst die Vorgänge und die Lage in China, soweit bis dahin der kaiserlichen Regierung sichere Kunde darüber zugegangen war, schildert, die militärischen Maßregeln, die vorläufig deshalb für nötig gehalten worden sind, mitteilt und die Aufgabe, die sich unsre Politik gestellt hat, offen darlegt. Mit allem Nachdruck wird zunächst den von chinesischen Staatsmännern in jüngster Zeit nicht ohne Geschick verbreiteten unwahren Darstellungen widersprochen, als ob die fremden Gesandtschaften selbst die vom besten Willen beseelte chinesische Regierung durch Provokationen der Bevölkerung und andre Fehler in die Unmöglichkeit versetzt hätten, ihnen hinreichenden Schutz zu gewähren. Der „böse Wille" der chinesischen Regierung ist durch den Grafen Bülow vor dem Inlande und dem Auslande unwiderleglich dargethan worden, und selbst so meisterhaften Lügnern, wie die chinesischen Staatsmänner sind, wird es nicht mehr ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lingen, daran zu rütteln. Es mag noch so wahr sein, was Gordon vor mehr als zwanzig Jahren gesagt hat: daß die Regierungen von Frankreich, Rußland und England China in geradezu skandalöser Weise behandelt hätten; es mag zugegeben werden, daß diese europäischen Kulturstaaten den Chinesen im politischen Lügen und Betrügen das schlechteste Beispiel gegeben haben, und ferner, daß sie aus Neid und Eifersucht gegen einander sich nur zu oft zu Eideshelfern chinesischer Lügen und Ränke gemacht haben, sobald sie für sich selbst einen Vorteil und für die andern Europäer einen Nachteil davon haben konnten — aber alles das kann dem Verhalten der chinesischen Regierung nicht als Milderungsgrund dem Deutschen Reiche gegenüber zu gute kommen. So dumm sind die hohen Würdenträger im Reich der Mitte am allerwenigsten, daß sie nicht einsähen und wüßten, daß die Politik des Deutschen Reichs ihrem Vaterlande gegenüber sich reine Hände bewahrt hat und bewahren will. Wir Deutschen können mit gutem Gewissen rücksichtslos Genugthuung für die uns in China angethanen unerhörten Unbilden und für das offenbare Verschulden der chinesischen Regierung daran verlangen und auf Sicherung gegen Wiederholungen solcher Vorgänge dringen. Sowohl der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber, die nur zu sehr geneigt ist, den verlognen Ausreden chinesischer Anwälte das Ohr zu leihen, wenn es gilt, der kaiserlichen Regierung nörgelnde Opposition zu machen, wie auch gegenüber den sicher bevorstehenden Versuchen des Auslands, sich auf die Seite der chinesischen Lügner zu stellen, wenn es darauf ankommt, die deutschen Ansprüche zu vereiteln, ist das scharf zu betonen. Es fehlt ja schon jetzt in der Presse nicht an solchen Versuchen.

Bis zum 28. Juni waren nach den Bülowschen Angaben in Taku deutscherseits gelandet: 46 Offiziere und 1500 Mannschaften mit 4 Kanonen und 7 Maschinengewehren. Die Russen hätten zu derselben Zeit etwa 6000 Mann ausgeschifft, die Engländer 3000 Mann, die Japaner 4000 Mann, die Franzosen 400 Mann, die Amerikaner 350 Mann. Dazu kämen noch kleinere Kontingente der Österreicher und der Italiener. Weitere sehr starke Nachschübe träfen inzwischen fortgesetzt ein. Das am 3. Juli aus Wilhelmshaven abgegangne Expeditionskorps bestehe aus zwei kriegsstarken Seebataillonen, einer fahrenden Batterie (sechs 8,8 Centimetergeschütze), 100 Pionieren und Telegraphisten, einem Sanitätsdetachement, zusammen 69 Offizieren und 1432 Mannschaften. Die Besatzung der nach dem Kriegsschauplatz beorderten ersten Division des ersten Panzergeschwaders (4 Linienschiffe) besteht aus 91 Offizieren, 1522 Matrosen und 789 Mann Heizerpersonal. Die in der Bildung begriffne noch hinauszusendende kombinierte Brigade wird aus 8 Bataillonen Infanterie, 3 Eskadrons Kavallerie, 4 Batterien Feldartillerie usw. bestehn.

In diesen Angaben ist die Garnison von Kiautschou nicht einbegriffen. Graf Bülow sagt über dieses unser Besitztum überhaupt nichts. Daß es von den Boxern und ihrem Anhang in Ruhe gelassen werden sollte, ist nach den neusten Nachrichten nicht zu hoffen. Selbstverständlich wird zu allererst dafür gesorgt werden müssen, daß jeder Angriff auf unsre Grenzen energisch zurückgewiesen werden kann. Eine Schlappe dort wäre ein ganz besondres Unglück. Man muß bedenken, daß die Provinz Schantung, die wir durch Kiautschou „beeinflussen“ wollen, so groß ist wie der dritte Teil von Preußen, aber nahezu dieselbe Einwohnerzahl beherbergt wie dieses, etwa 30 Millionen. Unsre Garnison in Kiautschou ist aber noch nicht 2000 Mann stark.

Den Zweck der vom Kaiser getroffnen militärischen Maßnahmen stellt Graf Bülow dahin klar, daß sie uns in den Stand setzen sollen, „an der von allen Mächten für notwendig erachteten militärischen Aktion in China in einer der politischen Bedeutung Deutschlands entsprechenden Weise teilzunehmen.“ Durch die Unruhen seien das „erfolgreiche deutsche Missionswerk im fernen Osten,“ der „blühende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

deutsche Handel in Ostasien" und die „in der Provinz Schantung im Entstehn begriffnen großen deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen" in gleicher Weise bedroht. „Das Ziel, das wir verfolgen, heißt es zum Schluß wörtlich, ist die Wiederherstellung der Sicherheit von Person, Eigentum und Thätigkeit der Reichsangehörigen in China, Rettung der in Peking eingeschlossenen Fremden, Wiederherstellung und Sicherstellung geregelter Zustände unter einer geordneten chinesischen Regierung, Sühnung und Genugthuung für die verübten Unthaten. Wir wünschen keine Aufteilung Chinas, wir erstreben keine Sondervorteile. Die kaiserliche Regierung ist von der Überzeugung durchdrungen, daß die Aufrechterhaltung des Einverständnisses unter den Mächten die Vorbedingung für die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in China ist, und wird ihrerseits in ihrer Politik diesem Gesichtspunkte auch ferner in erster Linie Rechnung tragen. Die im Vorstehenden dargelegten Gesichtspunkte haben die volle Zustimmung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten gefunden."

Diese Kundgebung ist im Inlande und im Auslande mit verdienter Genugthuung aufgenommen worden. Sogar die gehässige parteiagrarische Opposition gegen die von dem Grafen Bülow vertretne Weltpolitik des Reichs ist klug genug gewesen, ihr gegenüber eine der jüngst in den Grenzboten gerügten entgegengesetzte Haltung einzunehmen, was natürlich mit einer bessern Erkenntnis und Gesinnung noch nichts zu thun zu haben braucht. Die demokratischen und sozialdemokratischen Hetzer ficht das Bülowsche Rundschreiben natürlich gar nicht an.

Die Hauptbedeutung der militärischen Aktion in China, zu der sich das Reich entschlossen hat, in der es zum erstenmal auch als Seemacht und auf einem weit entfernten überseeischen Kriegsschauplatz als Großmacht seine Stimme zur Geltung bringen will, liegt nicht in der Strafe und Rache für die widerfahrnen Unbilde, so sehr wir auch darauf zu bestehn Grund haben. Und ebenso wenig liegt sie in der Sicherung der Missionsthätigkeit, wie sie bisher ausgeübt worden ist. Leider liegt sie nun auch nicht mehr in der Rettung der Gesandtschaften. Der Untergang der Gesandtschaften ist eine entsetzliche weltgeschichtliche Tragödie, eine furchtbare Mahnung an die ganze Kulturwelt, das Recht, auch wo es dem Fremden gilt, den Massen nicht als Illusion hinzustellen, ihnen nicht einzureden: Macht sei Recht, Macht gehe vor Recht. Das ist Boxerwahnsinn in Europa und Amerika so gut wie in Japan und China. Man soll sich wohl hüten, dem großen Haufen bei uns chinesische Anschauungen anzuerziehn, wozu man mit dem überspannten Nationalismus und dem unklaren Kultus der Gewaltpolitik, die jetzt in der Mode sind, auf dem besten Wege ist. Die Hauptbedeutung der deutschen Aktion in China ist eine völkerrechtliche im eigentlichen Sinne des Worts. „Wir wünschen keine Aufteilung Chinas, wir erstreben keine Sondervorteile," aber wir verlangen Respekt vor dem Völkerrecht und Sicherung seiner dauernden Bethätigung auch in China. Und deshalb ist sie auch eine weltpolitische und weltwirtschaftliche im höchsten Grade. Ohne Völkerrecht keine Weltwirtschaft, und ohne Völkerrecht und Weltwirtschaft keine Weltpolitik der Kulturstaaten. Die Aktion in China, in der wir vereint mit den andern Mächten gegen den verrückten Nationalismus und Terrorismus des Chinesentums zu Felde ziehn, ist der Anfang der Kämpfe, die wir gegen das Chinesentum in der ganzen Welt werden aufnehmen müssen, um die ausländischen Absatz- und Arbeitsgebiete für unsre Industrie, unsern Handel, unser Kapital und unsern Unternehmungsgeist, die wir nicht mehr entbehren können, zu gewinnen und zu erhalten. Die chinesischen Wirren sind aber auch ein Vorspiel der heillosen Zustände, die der verrückte Nationalismus und Terrorismus der modernen Imperialisten und Jingos in der ganzen Welt heraufbeschwören muß, wenn es nicht gelingt, ihm beizeiten das Handwerk zu legen. Das Konzert der Mächte wird hoffent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lich wieder einmal auf die Wahrheit, man möchte eigentlich sagen Selbstverständlichkeit hingewiesen werden, daß die Kulturvölker, die schwächern wie die stärkern, in Frieden miteinander auskommen sollen und auskommen können. Je stärker die deutsche Kriegsmacht in Ostasien ist, um so handgreiflicher wird das den „Herrenvölkern" zu Gemüte geführt werden. Niemals ist zur Erhaltung des Weltfriedens eine starke Rüstung zum Kriege nötiger gewesen, als jetzt Deutschlands Rüstung für den chinesischen Krieg.

Um den Chinesen den Frieden zu diktieren — und darauf wird man in der That bestehn müssen —, ist schnelles Draufgehn nach Lage der Verhältnisse viel weniger wichtig als gut vorbereitetes, erfolgsicheres. Vorläufig das halten, was wir haben, aber kein Blut mehr in erfolglosen Vorstößen vergießen. Weitere Wochen und Monate der Anarchie in China arbeiten den Mächten nur in die Hände, ohne unsre materiellen Interessen allzusehr zu verletzen. Es kann wohl so kommen, wie kürzlich in der Presse gesagt worden ist, daß das chinesische Volk unsre Truppen schließlich als Befreier und Retter in der Not begrüßen wird. Die Masse der Chinesen ist friedfertig und ordnungsliebend. Einem Volk, von dem der neuste Bericht des Generalinspektors der chinesischen Zölle sagen muß: The Chinese, from highest to lowest, are traders by instinct and are prompt to take advantage of every opportunity of profit, und das in der jüngsten Zeit so große Fortschritte in der Teilnahme an der Weltwirtschaft gemacht hat, wie das chinesische, ist am wenigsten geneigt, einen langen Kriegszustand zu ertragen. Die Niederwerfung der Chinesen wird den Mächten wahrscheinlich weniger schwer fallen als der Sieg über die eigne Uneinigkeit und Eifersucht, vollends wenn es zum Diktieren des Friedens kommt.

Daß unsre Truppen von dem brennenden Verlangen beseelt sind, recht scharf in Aktion zu kommen, recht viel mitzumachen, wo es heiß und blutig hergeht, wer könnte daran zweifeln oder müßte sich nicht darüber freuen? Mehr als in andern Kriegsfällen wird aber hier die Diplomatie die Zügel in der Hand behalten müssen. Das ist meist ein undankbares Geschäft; Bismarck wußte ein Lied davon zu singen, sowohl nach Königgrätz wie nach Sedan und Metz. Aber erspart wird es auch dem Grafen Bülow nicht bleiben. Eine Pflicht haben wir jetzt zu erfüllen, und wir fordern vor allem die mit Gütern gesegneten Kreise unsers Volks dazu auf: daß für unsre braven Truppen in China so schnell und so reichlich wie möglich durch freiwillige Spenden Sorge getragen wird. Wir können ja, Gott sei Dank, zu der Heeresverwaltung das Vertrauen haben, daß von Dienstes wegen die denkbar beste Pflege den Gesunden wie den Verwundeten und Kranken zu teil werden wird, aber es bleibt auch noch viel zu thun über das Dienstreglement hinaus. Namentlich denke man auch an die invalid werdenden Leute und an die hilfsbedürftigen Angehörigen der hinausgeschickten und der nicht wieder heimkehrenden deutschen Krieger. β

Die Ergebnisse der Berliner Schulkonferenz, über die allerdings ein amtlicher Bericht noch fehlt, haben die Befürchtungen, die die Verfechter der humanistischen Bildung von ihnen hegen zu müssen meinten, erfreulicherweise nicht bestätigt. Denn die Konferenz, die, wie es sich gehörte, aus den Vertretern beider Bildungsrichtungen zusammengesetzt war, hat sich einmütig, allerdings wohl aus sehr verschiednen Gründen, dahin ausgesprochen, daß sämtlichen neunklassigen Anstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen) die Gleichberechtigung für alle akademischen Studien gewährt werden, dagegen das humanistische Gymnasium in seiner Eigentümlichkeit, also mit ausgedehntem Betriebe des Griechischen erhalten bleiben solle, d. h. im wesentlichen so, wie es die Grenzboten gefordert haben. Es

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

war dabei besonders dankbar zu begrüßen, daß Se. Majestät der Kaiser, indem er auf seine persönliche Teilnahme an den Beratungen verzichtete, den verschiednen Richtungen die vollste Freiheit der Meinungsäußerung, die ohne seinen Willen vielleicht doch durch seine Gegenwart nach der einen oder der andern Seite einigermaßen beeinträchtigt worden wäre, gewährt hat, und wir dürfen hoffen, daß er sich der Wucht der Gründe für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums nicht verschlossen hat, obwohl ihm seine eigne gymnasiale Bildung dadurch, daß sie in Kassel mit der für einen Prinzen unentbehrlichen Standesbildung bis zur Überspannung der Kräfte verbunden worden war, nicht das gewesen zu sein scheint, was sie bei so hervorragender Begabung und so vielseitigem Interesse hätte sein können und müssen. Kein geringes Verdienst an dem glücklichen Ausgange der Konferenz gebührt der energischen und geistvollen Weise, in der hochangesehene Häupter der Universitätswissenschaft, Mommsen, Wilamowitz-Möllendorff, Diels und Harnack für die Bedeutung des Griechischen eingetreten sind, sodaß jeder Widerspruch in sich zusammensinken mußte. Auch waren die Realisten sofort entwaffnet, sobald man ihnen die Gleichberechtigung der Realanstalten zugestand.

Freilich erhebt sich nun gegen diese heftiger Widerspruch bei einem großen Teile der Mediziner und Juristen. Beide fürchten ein Sinken des Bildungsniveaus für ihren Stand, wenn erklärt wird, daß die edelste Bildung für sie nicht mehr erforderlich sei, obwohl sie ihnen nach wie vor offen stehe. Man fordert deshalb für solche Studenten, die sich von den Realanstalten aus diesen Studien zuwenden wollen, vorbereitende Ergänzungskurse an den Universitäten. Wie sich diese damit abzufinden haben, das wird noch Gegenstand sorgfältiger Erwägungen sein müssen; nur verschone man die humanistischen Gymnasien mit etwaigen Ergänzungsprüfungen; sie haben bisher mit solchen meist nur ungünstige Erfahrungen gemacht, weil sich die Vorzüge der griechischen Bildung eben nicht in einem hastigen Studium von ein bis anderthalb Jahren erwerben lassen. Das spricht auch einigermaßen gegen die neuen Ergänzungskurse. Außerdem würden diese das verhaßte „Monopol" des humanistischen Gymnasiums, oder der humanistischen Bildung, das ihr so viele Feinde erweckt hat und eben doch jetzt beseitigt werden soll, durch eine Hinterthür wieder einführen und neue Unzufriedenheit erregen. Man wird sich eben darein finden müssen, daß ein Teil unsrer künftigen Mediziner und Juristen die volle humanistische Bildung entbehrt, was ja der Fachtüchtigkeit unmittelbar keinen Eintrag thun wird; es ist aber doch niemand gezwungen, darauf zu verzichten, und die Frage steht einfach so: ob das Gesamtniveau unsrer wissenschaftlichen Vorbildung durch den Ruin des humanistischen Gymnasiums hinabgedrückt werden soll, oder ob dies nur bei einem — vielleicht sehr kleinen — Teile unsrer „Studierten" geschehen soll. Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein. O. K.

Litteratur

Adolf Philippi hat die Reihe seiner Kunstgeschichtlichen Einzeldarstellungen (Leipzig, E. A. Seemann) kürzlich um einen neuen Band, den vierten in der Reihe, vermehrt. Seine ursprüngliche Absicht, diese Einzeldarstellungen, die mit einer Schilderung der italienischen Renaissancekunst begonnen haben, in einem